

JUDITH DELLHEIM

STATT «PRO ODER CONTRA WACHSTUM» DEN SOZIALÖKOLOGISCHEN UMBAU EINLEITEN!

In der öffentlichen Diskussion wird lebhaft über «Wachstum» gestritten. Bestärkt wurde dies durch die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise. Auch unter den Linken und in der Partei DIE LINKE wird nun erneut oder erstmals debattiert, ob die Auseinandersetzung mit Krisenursachen und Krisenfolgen in ein «für oder wider Wachstum» münden soll. Der folgende Beitrag wirbt für eine andere Fragestellung: «Was für eine Entwicklung wollen wir und wie kann sie möglich werden?».

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) drückt Wertschöpfung in Euro aus. Wird diese realisiert und fließt Einkommen zum Produzenten zurück bzw. geht in die öffentlichen Haushalte ein, kann verteilt und investiert werden. Die Staatsfinanzen und die sozialen Sicherungssysteme sind eng mit dem BIP verknüpft. Wächst das BIP, scheinen sie stabil zu sein – vorausgesetzt, es gibt keine erfolgreiche politische Mobilisierung der Unternehmer, um (erneut) von unten nach oben umzuverteilen. Stagniert das BIP oder geht es zurück und werden die unter Druck geratenen öffentlichen Finanzen zur Rettung von Banken eingesetzt, wächst die öffentliche Verschuldung gravierend an. Die damit legitimierte Einschränkung der öffentlichen Ausgaben drückt dann erneut und zusätzlich auf das BIP-Wachstum und so auf die Staatsfinanzen und die sozialen Sicherungssysteme. «Wachstum!» als Wachstum des Bruttoinlandsproduktes scheint also die Lösung zu sein, aber: Das BIP ist über Jahrzehnte hinweg gewachsen, die Zahl der Armen und die soziale Ungleichheit ebenfalls. Zugleich ist ökologische Zerstörung rasant fortgeschritten.

Eine andere Verteilung von Erwerbsarbeit und der Einkommen zur Partizipation aller am gesellschaftlichen Leben ist zweifellos geboten. Aber damit sind die Erschöpfung natürlicher Ressourcen, das Artensterben, die Verschmutzung von Luft, Wasser, Böden und die Übernutzung der Ökosysteme noch lange nicht nachhaltig begrenzt. Mehr Energieeffizienz ist auf jeden Fall gefordert. Mehr Ressourceneffizienz, vor allem dank moderner Technologien, ist unabdingbar. Beides

ist nicht ausreichend, sollen global die Stoff- und Energieumsätze erforderlich reduziert und zugleich Elend, Unterentwicklung, Seuchen, soziale und globale Spaltungen – menschheitliche Existenzprobleme strukturell bekämpft und überwunden werden. Ein Beispiel: Ca. 14 Prozent der klimaschädlichen Gase entfallen auf die globale Landwirtschaft. Addiert man die indirekten Auswirkungen wie Entwaldung und Landnutzung hinzu, steigt diese Größe auf etwa 32 Prozent an. Aber über eine Milliarde Menschen hungern und fast 75 Prozent von ihnen leben in ländlichen Regionen. Hier müssen die Lebensmittelproduktion gesteigert, erforderliche Ressourcen erschlossen, genutzt und anders verteilt werden. Da zugleich die umwelt- und klimaschädigenden Auswirkungen der globalen Landwirtschaft bekämpft werden müssen, hat das einschneidende Konsequenzen für unsere Konsumtionsweisen. Selbst wenn – wie unverzichtbar – in den weltwirtschaftlichen Industrieregionen die Ressourceneffizienz um 90 Prozent (Faktor 10) bis 2050 gesteigert und die Verschmutzung um den Faktor 10 reduziert würden, ist nicht gesichert, dass weltweit für jede und jeden ein selbstbestimmtes Leben in Würde, solidarischem Miteinander und intakter Natur möglich wird. Da greift ein «Gegen-Wachstum-Sein» offenbar ebenfalls viel zu kurz. Es gibt keine einfachen Lösungen für komplizierte Probleme.

Daher wirbt das vorliegende Standpunkte-Papier zum einen dafür, auf pauschale «Wachstumsdebatten» und unklare «Wachstumsaussagen» in linker Programmatik zu verzichten. Zum anderen wirbt es dafür, «sozialökologischen Umbau» breiter und komplexer als im Programmwurf der LINKEN zu fassen, die Arbeit an konkreten Konzepten zu intensivieren und in praktische Politik umzusetzen.

I. KLAR SAGEN, WAS DIE LINKEN WOLLEN – AUCH IN SACHEN WACHSTUM

Dass Partei DIE LINKE gegen «profitorientiertes Wachstum» ist (Programmwurf 2010, 3), ist sicher klar. Das gegenwärtig

tige Wirtschaftswachstum in Deutschland, in der EU, in den Industriemetropolen ist sozial und ökologisch zerstörerisch. Was aber kann ein, «selektives» Wachstum bedeuten, von dem im Programmentwurf die Rede ist?

ZUR «WACHSTUMSDEBATTE»

Die Geschichte offenbart, dass Wachstum keineswegs ein neues Thema in der wissenschaftlichen und politischen Debatte ist. Es reicht der Verweis auf Simonde de Sismondi, John Stuart Mill, Karl Marx, Joseph Alois Schumpeter, Wladimir Iljitsch Lenin, John Maynard Keynes, Roy Harrod, Evsay Domar, Robert Solow, Dennis und Donella Meadows, Erich Zahn, Peter Milling, Harlem Brundtland, «Global 2000», Tim Jackson, Joseph Stiglitz, Meinhard Miegel ... (siehe auch Leibiger 2003, 35). Bei ihnen allen ging und geht es um die sozialen und ökologischen Folgen der Produktion und Verteilung von Reichtum.

1969 zogen CDU/CSU mit dem Slogan «Stabilität geht vor Wachstum» in den Wahlkampf. Nach der «Erdölkrise» 1975 griffen Sozialdemokraten das Konzept von «Jobless Growth» (Wachstum ohne Beschäftigungsanstieg) an. Ihr damaliger Koalitionspartner FDP begann, sich als «Wachstumspartei» zu profilieren. CDU/CSU zogen nach und die SPD folgte. CDU/CSU machten «Wachstum» zu ihrem Wahlkampf-Begriff 2002, als Arbeit- und Wohlstand-Schaffer. Im Wahlkampf 2005 meinten alle Parteien, mit «Wachstum» zu punkten.

Diese Neuorientierung wurde wesentlich durch die Medien befördert. Man kann auch den Eindruck erhalten: Je geringer die Wachstumsraten, umso häufiger wird der Begriff selbst verwandt (siehe Anschau, 2006). Unter den gegebenen Kräfteverhältnissen dient die Forderung nach einem Mehr an Wachstum zur Legitimierung von Standortkonkurrenz und Sozialabbau als Abbau der sog. Wachstumshemmnisse. Hinter den Zahlen über die Erhöhung oder die Stagnation bei der Veränderung des Bruttoinlandsprodukts blieben die steilen Anstiege von Gewinnen, die Umverteilung von Einkommen von unten nach oben und von den öffentlichen Kassen hin zu den Vermögenden und den Unternehmen im Dunkeln.

WACHSTUMSMANIFEST. WARUM DEUTSCHLAND MEHR WACHSTUM BRAUCHT

... Wachstum ist der Maßstab ... Nachhaltiges Wachstum ist ein entscheidendes Kriterium für den Erfolg von Politik. Stabiles Wachstum ist aber noch mehr. Es ist ein entscheidender Hebel, mit dem die zentralen Probleme unseres Landes angepackt werden können. Ohne Wachstum ist jedes Versprechen sozialer Sicherheit auf Sand gebaut. Ohne Wachstum enden die öffentlichen Haushalte in der Schuldenfalle – auf Kosten der künftigen Generationen. Ohne Wachstum fallen wir gegenüber anderen Nationen zurück und können unseren Wohlstand nicht sichern.» (Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft)

Zudem verdeckte die Diskussion um die «Notwendigkeit» eines höheren Wachstums des Bruttoinlandsprodukts die Ursachen für die gesunkenen Steigerungsraten: eine veränderte Kapitalzusammensetzung, Finanz- und Wirtschaftskrisen, Klima- und Umweltkrisen, Ernährungs- und Energiekrisen, Erschöpfung natürlicher Ressourcen, Konflikte und Kriege um Ressourcen, Hunger, Mangel an sauberem Trinkwasser, Seuchen, Mütter- und Kindersterblichkeit, schwindende Biodiversität, die Zerstörung menschlicher Lebensräume, zunehmende Weltbevölkerung und wachsende soziale Spaltungen.

Wirtschaftswachstum ist immer die prozentuale Zunahme einer wirtschaftlichen Größe in einer konkreten Zeitspanne. In der Regel ist diese Größe das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und wird bezogen auf das Vorjahr bzw. konkrete Vorjahre (Wirtschaftswachstum im engeren Sinne). Werden andere Größen betrachtet (Umsatz, verfügbares Einkommen, Konsumausgaben, Geldvermögen, Staatsausgaben ...), spricht man vom Wirtschaftswachstum im weiteren Sinne. Die Wachstumsrate des BIP wird einerseits im Kontext mit den Wachstumsraten des eingesetzten Kapitals, technischen bzw. technologischen Neuerungen und zunehmend mit Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung sowie mit institutionellen Innovationen analysiert. Andererseits interessieren das Maß der Nutzung des Arbeitskräftepotenzials, die Auslastung der Produktionskapazitäten, die Gewinnentwicklung der Unternehmen und die Einkommensbewegung der Bevölkerung. Der Mainstream erwartet von staatlicher (Wirtschafts)Politik, dass sie die analysierten (BIP-)Wachstumsfaktoren maximal zur Wirkung kommen lässt und dementsprechend steuert. Das Stabilitätsgesetz verpflichtet die Bundesregierung, für ein «stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum» zu sorgen. Das gilt als Voraussetzung dafür, dass Armut abgebaut und überwunden, Beschäftigung und allgemeiner Wohlstand gemehrt und Umweltschäden beseitigt würden. So begründeten auch die Regierungsfractionen 2009 ihre Initiative für ein «Gesetz zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums (Wachstumsbeschleunigungsgesetz)».

Die historischen und aktuellen Fakten zeigen, dass sowohl hohe als auch niedrige und sogar negative Wachstumsraten (z. B. des BIP) mit fortschreitenden sozial und ökologisch zerstörerischen Prozessen einhergehen, mit

- der Produktion und Reproduktion von Armut, sozialer Ausgrenzung;
- Natur- und Kulturzerstörung;
- Entdemokratisierung, Überwachung und Repression, mit Verlust an demokratischen Gestaltungs- und politischen Steuerungsmöglichkeiten, mit Neofaschismus, religiösen Fundamentalismen und politischen Extremismen;
- Militarisierung und Kriegen, bewaffneten Konflikten und Attacken.

Die Ursachen für diese Prozesse liegen in den Macht-, Eigentums- und Kräfteverhältnissen zwischen den Akteuren von Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, in der Art und Weise, wie das BIP produziert, verteilt, zirkuliert und verbraucht wird. Es geht also um die Frage, was warum durch wen wächst – mit welchen Auswirkungen auf die Menschen, ihre Beziehungen untereinander und zur Natur, auf deren Verfasstheit und Reproduktionsfähigkeit.

«Als universeller Problemlöser ist das Wirtschaftswachstum unbrauchbar geworden ... Vielmehr müsste die Wirtschaftspolitik der reichen Länder der völlig neuen Maxime folgen, «Vollbeschäftigung bei dauerhaft niedrigem oder gar ausbleibendem Wachstum» zu erreichen, und ihre innovativen Fähigkeiten auf die Bewältigung der ökologischen Probleme konzentrieren.» (Zinn 2009, 51)

Auch Sarkozy, Miegel und die Europäische Kommission wissen, dass die Klima- und Umweltkrisen, globale Probleme, die Verknappung natürlicher Ressourcen und die Strukturen der gesellschaftlichen Produktion dagegen sprechen, Fortschritt nach prozentualen Wachstumsraten traditioneller

ökonomischer Größen (so insbesondere des BIP) zu bewerten. Aber sie sehen nicht oder wollen nicht sagen, dass die in Geldausdrücken bewerteten Güter und Leistungen zugleich Träger von Kapitalverhältnissen sind, dass Messung und Bewertung gesellschaftliche Prozesse sind, in den sich Macht ausdrückt. Ihr Interesse ist die langfristige Sicherung der Kapitalreproduktion und von Marktanteilen und Monopolpositionen «ihrer» Konzerne. Auch sie sprechen von «qualitativem Wachstum», von notwendiger Begrenzung des Verbrauchs von nicht-erneuerbaren Ressourcen, sogar von notwendigem Rückgang. Sie suchen nach geeigneten Indikatoren für wirtschaftlichen Fortschritt, der mit Demokratie- und Sozialabbau sowie Militarisierung zusammengehen darf. Der Begriff des «qualitativen Wachstums» findet sich in den Wahlprogrammen und Dokumenten aller Parteien. Er scheint konsensfähig zu sein. Aber eine eindeutige Definition gibt es nicht, was ihn insgesamt «verdächtig» machen sollte (Boucarde, Tripp 2006).

«... mit einer bloßen Wachstumskritik kommt man nicht weiter. Gerade wenn wir eine Entkoppelung von Wachstum und steigendem Verbrauch endlicher Ressourcen wollen, müssen wir hochinnovative Technik einsetzen. Auch um ökologische Altlasten zu beseitigen, brauchen wir Technologie. Diese Art von «Wirtschaftswachstum» ist notwendig.» (Schlecht 2010, 17)

«Rückgang» bzw. «Begrenzung des Verbrauchs an nicht-erneuerbaren Ressourcen» müssen keineswegs bedeuten, dass Stoff- und Energieumsätze sowie Verschmutzung von Luft, Wasser und Böden, dass die Belastungen der Ökosysteme so reduziert werden, dass natürliche Lebensbedingungen gesunden. Und schon gar nicht muss dies heißen, dass die sozial zerstörerischen Prozesse strukturell zurückgedrängt, globale Probleme solidarisch und gerecht gemildert und gelöst werden. Auch ein kapitalistisches «Null-Wachstum» würde gefährliche Folgen haben.

EIN KURZER RÜCKBLICK

Staatliche Wirtschaftspolitik verlangt aggregierte Kennziffern. Wachstum bzw. Verwertung des Kapitals drücken sich in Profiten aus. Dafür werden Arbeit und Naturressourcen eingesetzt (dazu Brangsch, 2010). Seit den 1970er Jahren haben sich dramatische Veränderungen vollzogen, die auch Einfluss auf die Frage der Messbarkeit wirtschaftlicher Entwicklung haben: Die Erdölkrisen deuteten Ressourcengrenzen an; neue Technologien «entkoppelten» zunehmend den Verbrauch von Naturressourcen, Energie und Material von weiteren Be- und Verarbeitungsprozessen, «revolutionierten» gesellschaftliche Arbeitsprozesse; die Rolle der Geld- und Finanzmärkte wuchs; dank moderner Informations- und Kommunikationstechnologien expandierten neuartige Finanzdienstleistungen und mit ihnen die Spekulation. Hatte die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise immer mit Umverteilung zu tun, so erlangte sie nun eine neue Qualität. Kolonien waren verschwunden und so mussten neue Formen der Ressourcensicherung und Profitmehrung gefunden werden (z. B. Massenfertigung und Grundstoffindustrie in fernen Niederlassungen). Ressourcensicherung und Profitmehrung begannen, sich gegenüber der traditionellen Produktion von Gütern und Leistungen zu verselbständigen. «Die Wirtschaft» wurde staatlich weniger steuerbar gemacht, was neue Forderungen nach anderer staatlicher Politik bzw. Liberalisierung bedingte. Im Ergebnis konnte die gesellschaftliche

Produktion, die Profit- und Einkommensentwicklung immer weniger auf der Basis des Bruttoinlandsprodukts erfasst und staatlich reguliert werden.

Hinzu kam, dass zum einen die Richta¹ und Club-of-Rome-Berichte (1968 und 1972) nachdrücklich die «Grenzen der Natur» bzw. die «Tragfähigkeit der Erde» thematisierten. Zum anderen verlangten die Umbrüche im gesellschaftlichen Arbeitsprozess und politische Auseinandersetzungen – nicht zuletzt wegen der ökologischen Frage – die Anforderungen und Erfolgskriterien für «Politik» bzw. Regierungspolitik zu überdenken. Es stand und steht die Frage nach dem Gegenstand wirtschaftspolitischer Ziele und Entscheidungen, nach ihrem Zustandekommen und der gesellschaftlichen Akzeptanz – wer wie welche Interessen artikulieren und durchsetzen kann.

In der gegenwärtigen öffentlichen Diskussion ist nicht erst, aber insbesondere seit dem «Stiglitz-Bericht» (Stiglitz, Fitoussi 2009) weitgehend anerkannt: Wirtschaftswachstum, gemessen nach prozentualer Steigerung des Bruttoinlandsprodukts, ist heute zumindest für die entwickelten Länder kein Wohlstandsindikator und verliert diese Funktion für den globalen Süden.

In der OECD und EU arbeitet man an Definitionen wünschenswerter Wirtschaftsentwicklung, an ihrer Messung und Berechnung

(<http://www.beyond-gdp.eu/> | <http://eur-Lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:0132:FIN:DE:PDF> | <http://www.oecd.org/dataoecd/42/28/43985301.pdf>)

Die Europäische Rat hat im Juni die Fortschreibung der Lisbon-Strategie «EU 2020» und damit den Kurs auf «intelligentes, nachhaltiges, inklusives Wachstum» beschlossen (Europäischer Rat 2010, 1). Das Ziel ist der Ausbau globaler Konkurrenzfähigkeit, wobei zugleich der «Übergang zur kohlenstoffarmen Wirtschaft gemeistert, das Humankapital verbessert, Europas Offenheit und Sicherheit» gewährleistet werden sollen. Priorität haben also nicht die strukturelle Bekämpfung sozialer und ökologischer Zerstörung und insbesondere von Armut, sozialer Ausgrenzung und sozialen Spaltungen, von globaler Erwärmung und schwindender biologischer Vielfalt, von Repression und Militarisierung, sondern ein neuer Wachstumstyp, von dem man behauptet, er sei zugleich ökologisch und sozial integrativ.

Der Begriff «Wachstum» oder auch «qualitatives Wachstum» hat sich für die Linken als untauglich erwiesen, um zu kommunizieren, worin die Herausforderungen für den Erhalt und die Gesundung der natürlichen Lebensgrundlagen, für gesellschaftliche «Normalität» und das Wohlbefinden von Bevölkerungsmehrheiten bestehen. Das erklärt, warum seit einigen Jahren zunehmend intensiv zu «de-growth» oder «degrowth», zu «Schrumpfung» in den weltwirtschaftlichen Industrieregionen diskutiert wird. Auch hier wird meist mit der Kennziffer des BIP argumentiert.

ZUR DEGROWTH-DEBATTE

Diese Debatte wird von «links» und von «rechts» geführt: Hinter den Forderungen nach «Degrowth» stehen wie bei der Kritik am «Wachstum» sehr unterschiedliche politische Akteure

¹ Radovan Richtas Bericht «Civilisace na rozcestí (Zivilisation am Scheideweg)» hatte im Prag des Jahres 1968 die «Auswirkungen der technisch wissenschaftlichen Revolution auf die Produktionsverhältnisse» analysiert und aufgezeigt, dass die Industriemodelle sowohl das «Staatssozialismus» als auch «des Westens» Menschen deformieren und ihre natürlichen Lebensgrundlagen zerstören.

mit widerstreitenden Interessen. Dass die erste internationale «Degrowth-Konferenz» den Titel «Wirtschaftliche Schrumpfung für ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit» trug, war wesentlich Ausdruck vom Einfluss der Linken, von Protest gegen die herrschenden Produktions- und Konsumtionsweisen. Dieser wird insbesondere von Akteuren artikuliert, die gegen (konkrete) Militärprojekte, Waffen- und Überwachungssysteme opponieren, gegen «Autowahn», Prestigebauten und Prestigekonsum, gegen riskante Biotechnologien, gegen manipulierende Werbung und Ressourcenverschwendung angehen.

«Der Gesamtnutzen kann auch durch Anwendung von mehr arbeitsintensiven (statt ressourcenintensiven) Technologien geschaffen werden. Dann wäre auch nachhaltiges Wachstum des Gesamtnutzens möglich. Eine andere Bedingung dafür ist die Abschaffung des Kapitalismus, dem ein Zwang zum BIP-Wachstum innewohnt.» (Sakar, 2010)

Aber es sind nicht nur die Linken, die darauf verweisen, dass das BIP auch wachsen kann, ohne dass die Lebensqualität der Bevölkerungsmehrheit steigt, z. B. bei Einkommenspolarisierung, Kommerzialisierung und Privatisierung öffentlicher Leistungen (Umbewertung und Preissteigerung), bei zunehmenden Ersatzinvestitionen in den Kapitalstock, Bekämpfung vermeidbarer Schäden und Umweltzerstörung. So können fehlender sozialer Ausgleich, «Autostädte» und Schwierigkeiten bei der Kapitalversorgung für kleine Unternehmen mit Wirtschaftswachstum in Prozent und Mrd. Euro einhergehen. Auch Akteure wie Meinhard Miegel erheben Forderungen nach Entkopplung von Wirtschaftswachstum und stofflicher Konsumtion, nach einem reformierten Geldsystem und Finanzmarktregulierung, nach anderen Unternehmensformen wie Genossenschaften, Non-Profit-Organisationen und Personengesellschaften, nach Internalisierung externer Kosten, De-Kommerzialisierung von Wissen, wirtschaftlicher Dezentralisierung, nach Wertewandel und nachhaltigen Lebensstilen. Die «Funktionsfähigkeit westlicher Marktgesellschaften» könne auch «bei geringem, stagnierendem oder sogar rückläufigem Wachstum aufrecht erhalten werden» (Denkwerk Zukunft, 2010). Dieser von konservativer Seite angedachte Wandel hin zu einer Gesellschaft ohne Wachstum soll die Machtverhältnisse nicht antasten und verspricht den Ärmern in der Gesellschaft bestenfalls eine bestimmte Mindestsicherung.

In wenigen Jahrzehnten dürfte die Frage, was bei stagnierenden oder sinkenden materiellen Wohlstand mit dem Typ von Sozialstaat geschieht, der sich im Laufe des 20. Jahrhunderts in den frühindustrialisierten Ländern herausgebildet hat, nur noch von akademischem Interesse sein. Denn dieser Typ von Sozialstaat ist untrennbarer Bestandteil der nunmehr zu Ende gehenden Epoche einzigartiger Wohlstandsmehrung bei gleichzeitiger Beeinträchtigung existenzieller Lebensgrundlagen.» (Miegel, 2010, 200)

Hinter dem Streit über Kennziffern und wirtschaftliche Entwicklung bzw. über Leistungskraft stehen unterschiedliche Interessen. Innerhalb der Kapitalfraktionen geht es um Einsichten in ökologische und globale Probleme, um Technologien und um die Frage, was den Bevölkerungsmehrheiten zugemutet werden sollte. In der Linken geht es um die Bereitschaft und Fähigkeit zur Selbstveränderung und zur Solidarität mit sozial Schwächeren/den global Ärmsten, zur Veränderung der eigenen Lebensweisen, der Gesellschaft und ihrer

Wirtschaftssphäre. Dabei können andere Unternehmensformen wie Genossenschaften, Internalisierung externer Kosten, De-Kommerzialisierung von Wissen, wirtschaftliche Dezentralisierung, Veränderung und Regulierung des Geld- und Finanzwesens und das Ringen um nachhaltige Lebensstile durchaus sinnvolle Bestandteile linker politischer Strategien sein. Zusammen zielen sie auf eine andere Richtung gesellschaftlicher Entwicklung.

Wesentlich ist, ob Fortschritt als solidarische und gerechte Lösung sozialer, ökologischer und globaler Probleme verstanden und erkämpft wird – Fortschritt als gesellschaftliche Entwicklung in Richtung individuelle Freiheit für jede und jeden in sozialer Gleichheit, solidarischem Miteinander und intakter Natur. Entscheidend bleibt, ob Akteure im Ringen um höhere Lebensqualität sich die Probleme der sozial Schwächeren und Schwächsten aneignen, gesellschaftliche Strukturen und Stoffwechselprozesse mit der Natur verändern, eine neue Vergesellschaftungsweise erstreiten – einen neuen Pfad wirtschaftlicher Entwicklung eingeschlagen. Dies stellt die Frage, wie wirtschaftlicher Fortschritt organisiert und wie er so gemessen werden kann, dass dabei die genannten Ziele im Vordergrund stehen und nicht hinter den aggregierten Kennziffern eines Bruttoinlandsprodukts verschwinden.

«Es ist möglich und erforderlich, einen neuen Pfad wirtschaftlicher Entwicklung einzuschlagen und einen mit der Umwelt und den menschlichen Bedürfnissen vereinbaren Entwicklungstyp zu finden. Auf der Tagesordnung steht ein sozialökologischer Umbau, der ... das 21. Jahrhundert prägen muss. Drei Aspekte dieses Umbaus seien besonders hervorgehoben:

- 1. der Übergang zu ökologischer Nachhaltigkeit und die damit verbundene und möglich werdende Umorientierung der Produktion von der Produktion materieller Güter hin zur Erzeugung wirklich menschlichen Reichtums – ... ;*
- 2. eine globale Offensive zur Überwindung von Armut, Hunger und Unterentwicklung und*
- 3. ein Aufbruch, der die Gleichstellung der Geschlechter in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Medien und Kultur durchsetzt...*

Es steht nicht weniger als der Umbau der Weltgesellschaft selbst auf der Tagesordnung. Das Aufbrechen von Herrschaftsstrukturen betrifft die Vorherrschaft der Kapitalverwertung über die Gesellschaft, das zerstörerische Herrschaftsstreben der Gesellschaft über die irdische Natur, die Herrschaft des «Nordens» über den «Süden» und die Herrschaft von Männern über Frauen. Das gesamte System von Produktion, Dienstleistungen, Wohnen, Verkehr und Lebensweise, wie es im 20. Jahrhundert entstanden ist, muss umgebaut werden...

Der ökologische und soziale Umbau wird umfangreiche Innovations- und Investitionsprozesse in Gang setzen und kann schon mittelfristig zu einem Nettozuwachs an Arbeitsplätzen führen. Damit dies erreicht wird, ist ein neuer Rahmen für Märkte unverzichtbar. Er muss u. a. die der Gesellschaft aufgebürdeten Folgekosten des Wirtschaftens, die bisher in den betriebswirtschaftlichen Kosten nicht erscheinen, ... in die Preise hineinholen ... Die neue Wirtschaft wird auf einer Globalisierung des Informationsaustauschs, weitgehender Regionalisierung der Stoff- und Energiekreisläufe und Kommunalisierung vieler personenbezogener Dienstleistungen beruhen ... Die notwendige Effizienzrevolution im Umgang mit Naturressourcen erfordert entsprechende Neuorientierungen der Forschungs- und Technologiepolitik auf nachhaltige Entwicklung». (Gysi 2000)

II. SOZIALÖKOLOGISCHEN UMBAU ALS GESELLSCHAFTLICHEN PROZESS BEGREIFEN UND BEFÖRDERN

Im Programmentwurf der Partei DIE LINKE kommt «sozial-ökologischem Umbau» eine Schlüsselrolle zu, was angesichts der enormen sozialen und ökologischen Zerstörung nur zu unterstützen ist. Allerdings wird er wesentlich auf Produktion reduziert und eher technisch gebraucht. Der Bezug zu einem Umbruch der gesamten gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion bleibt unscharf. Damit verbunden sind die unklaren Aussagen zur Problematik «Wachstum».

In der Präambel ist von drei «Grundideen» die Rede, in der ersten heißt es: «Individuelle Freiheit und Entfaltung der Persönlichkeit für jede und jeden durch soziale Gleichheit der Teilhabe an den Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens und Solidarität.» (Programmentwurf 2010, 3) Zu den «Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens» aber gehört intakte Natur. Sie wird jedoch erst in der zweiten und dritten «Grundidee» erwähnt.

Dass auseinander und nacheinander genannt wird, was zusammen gehört, hat Konsequenzen: Wird erklärt, wofür DIE LINKE kämpft, wäre sozial(-)ökologischer Umbau nicht erst an dritter Stelle zu nennen. Vor allem wäre er mit der «anderen demokratischen Wirtschaftsordnung» und dem «Recht auf gute, existenzsichernde Arbeit» so zu verbinden, dass klar gesagt würde: gute Arbeit ist immer auch und insbesondere ökologisch verantwortbare Arbeit; die demokratische Wirtschaftsordnung orientiert sich zugleich an sozialen und ökologischen Zielen, an der Gesamtheit der Lebensbedingungen der Menschen. Die «andere demokratische Wirtschaftsordnung» wäre nicht allein eine Problematik der Rahmensetzung und der Eigentumsordnung. Es geht um eine andere gesellschaftliche Arbeitsteilung, in der die Ressourcen so eingesetzt werden, dass soziale und ökologische Probleme nachhaltig, demokratisch und gerecht gelöst werden.

Eine problematische Rangfolge prägt den Teil IV. «Linke Reformprojekte – Schritte gesellschaftlicher Umgestaltung»: Von vier Punkten erscheint der «sozial-ökologische Umbau» als dritter, wiederum losgelöst von Arbeit, Wirtschaftsordnung, Regionalentwicklung – von gesellschaftlicher Arbeitsteilung und gesellschaftlicher Reproduktion.

DAS PROJEKT «SOZIALÖKOLOGISCHER UMBAU» – ZENTRALER BESTANDTEIL LINKER PROGRAMMATIK

Sowohl in der PDS, in der SPD, bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN als auch in Gewerkschaften, ökologischen und sozialen Bewegungen gab bzw. gibt es eine Diskussionen zum sozial(-)ökologischen Umbau. Es existiert also bereits jahrelange Gemeinsamkeit in sozialen und ökologischen Grundpositionen und konzeptioneller Arbeit an gesellschaftspolitischen Alternativen. Daran sollte angeknüpft werden.

So erklärte der «Runde Tisch» Ende Januar 1990 in der Hauptstadt der DDR: «Die Menschheit hat nur dann eine Zukunft, wenn sie ihre Lebensgrundlage behauptet, wenn sie Luft, Wasser, Boden, Lebewelt und Landschaft als unersetzlich begriff. Die Erneuerung unserer Gesellschaft muss daher auf die dauerhafte Entwicklung der Beziehungen zwischen Mensch und Natur gerichtet sein... Dies erfordert einen ökologischen Umbau

in unserem Lande, der ökologische Erfordernisse und Umweltschutz zum integrierenden Bestandteil jeglicher Wirtschafts- und Gesellschaftsstrategie erhebt.» (Runder Tisch, 1990).

Es ging um «ökologischen Umbau» als wesentliche Bedingung und wesentliches Kriterium für «die Erneuerung unserer Gesellschaft», um «ökologischen Umbau» als «integrierenden Bestandteil jeglicher Wirtschafts- und Gesellschaftsstrategie». Gemeint war also «sozialökologischer Umbau», aber (auch) in der DDR wurde «sozial» im Allgemeinen nicht als «gesellschaftlich», sondern als «sozialpolitisch» verstanden. Am Runden Tisch Beteiligte, insbesondere in der «Bürgerbewegung» Engagierte, orientierten sich stark an der Partei DIE GRÜNEN. Das belegt u. a. das «Leipziger Programm» des politisch heterogenen «Demokratischen Aufbruch» vom 17.12.1989.» (Demokratischer Aufbruch, 1989)

Zwei Jahre zuvor (also 1987) hatten die DIE GRÜNEN mit dem «Umbau der Industriegesellschaft» als Weg zur Überwindung von Erwerbslosigkeit, Armut und Umweltzerstörung Wahlkampf geführt. Sie hatten «ökologischen Umbau» bzw. «Umbau der Industriegesellschaft» als «reformpolitisches Konzept mit sehr tiefen Einschnitten» erklärt (Stratmann-Mertens). «Da wird umgewälzt und deshalb haben wir damals bewusst den Begriff Umbau gewählt». Im «grünen» Wahlprogramm zu den ersten «gesamtdeutschen» Bundestagswahlen 1990 wurde ein «ökologischer Umbau mit radikaler Demokratie» propagiert (DIE GRÜNEN, 1990: 37).

Diese Gedanken waren für viele in der PDS hochgradig attraktiv und seit Jahren in Teilen der SPD präsent: «Bewahren und Erhalten rücken vor dem Hintergrund der Natur- und Landschaftszerstörung stärker in den Vordergrund. Misstrauen gegenüber der herrschenden Politik, die jede technische Entwicklung positiv beurteilt, sofern sie sich nur in ökonomisches Wachstum ummünzen lässt, ist geboten.» (Lafontaine, 1985, 79) Und weiter: «Eine Technologie-Folgenabschätzung ist in einem demokratischen Entscheidungsprozess notwendig. Es ist zu fragen: Ist die Technologie umweltverträglich? Bestehen langfristige Umweltrisiken? Ist es möglich, die eingeleitete technologische Entwicklung zu verändern und sie auch wieder rückgängig zu machen? Welche Auswirkungen hat die neue Technologie auf die Beschäftigung? Welche Auswirkungen hat die neue Technologie auf das gesellschaftliche Leben? Eine neue Produktionspolitik müsste vorrangig versuchen, die Produktivitätsentwicklung nach ökologischen und sozialen Kriterien zu beeinflussen.» (Lafontaine, 1985, 80)

In der ersten Hälfte der 90iger Jahre, als die PDS zum einen ihr politisches Profil suchte und – durch Existenz- und Wahlkämpfe unterbrochen – an gesellschaftspolitischen Alternativen arbeitete, wurden immer wieder Dokumente des «Runden Tisches» zur Hand genommen, Konzepte und Diskussionen der GRÜNEN analysiert. Hinzu kam die Auseinandersetzung mit der aktuellen Politik von Bündnis90/DIE GRÜNEN, die soziale Interessen von Bürgerinnen und Bürgern, insbesondere in Ostdeutschland, zunehmend marginalisierte.

Der Begriff «sozial-ökologischer Umbau» bzw. später «sozialökologischer Umbau» wie er sich in Dokumenten der Partei des Demokratischen Sozialismus (bzw. in der Linkspartei. PDS) findet, hat in doppeltem Sinne mit dem Sozialen zu tun: Erstens wurden anders als im «grünen» Verständnis von ökologischem Umbau die Macht-, Eigentums- und Produktionsverhältnisse ins Zentrum gerückt. Zweitens wurde klarge-

stellt, dass der Kampf gegen ökologische Zerstörung nicht zu Lasten des Kampfes gegen soziale Zerstörung gehen darf. (www.zeit.de/1990/49/Leiser-Triumph?page=2)

Die PDS wollte, dass eine Politik, die ökologischen Erfordernissen entspricht, mit Gewinn an Lebensqualität einhergeht, vor allem für die sozial Schwachen und Schwächsten. Sie wollte deutlich machen: die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen ist asozial; der Kampf für individuelle Freiheit in sozialer Gleichheit muss zwingend ein Kampf um den Erhalt, die Gesundung und fortwährende Verbesserung der natürlichen Lebensgrundlagen sein. Zugleich aber wollte die PDS an Hand von Ostdeutschland als Region in Europa exemplarisch demonstrieren, dass und wie von unten Gesellschaft sozial und ökologisch erneuert und schrittweise demokratisch umgebaut werden kann (vgl. Dellheim, 2008: 234).

Ferner kam hinzu, dass im neoliberalen Lager zunehmend auf «Umbau» in die Wissensgesellschaft, in die Gesellschaft von Unternehmer/innen eigener Arbeitskraft usw. orientiert wurde. Das sprach zusätzlich für einen alternativen – sozialökologischen – «Umbau», den es sowohl als Begriff als auch in Ansätzen als Konzept bereits gab.

Die erste Konferenz der neuen Partei DIE LINKE war zugleich deren erste Energiepolitische Konferenz und deutlich von Ideen zum sozialökologischen Umbau geprägt. In der Bundestagsfraktion der Partei gibt es Arbeiten zum sozialökologischen Umbau, insbesondere im Kontext mit der Autoindustrie (z. B. <http://dokumente.linksfraktion.net/pdfdownloads/7760589391.pdf>).

SOZIALÖKOLOGISCHER UMBAU VERSUS SOZIALÖKOLOGISCHE MODERNISIERUNG

«Ich gehe von einem Ansatz aus, den ich als »utopischen Realismus« bezeichne. Wir müssen beides verbinden: Mit reinem Utopismus ist niemandem geholfen, mit bloßem Realismus auch nicht, denn es fehlt der transformative Impuls, um die anstehenden Probleme anzugehen. ... Wir brauchen einen Ansatz, der einschneidende Veränderungen des Lebensstils mit sich bringt.» (Giddens, 2010, 5)

«Radikalität» heißt, an die Wurzeln der Probleme gehen. Der Klimawandel rührt von den herrschenden Produktions- und Konsumtionsstrukturen her, die mit Eigentums- und Produktionsverhältnissen verquickt sind. An ihnen partizipieren Herrschende und Unterdrückte und gehen Kompromisse ein. Die Folgen des Klimawandels werden sowohl von Herrschenden als auch von Unterdrückten gesehen und immer steht die Frage, wer mit wem auf wessen Kosten Kompromisse schließt. Sozialistinnen und Sozialisten sind gefordert, sich dafür zu engagieren, dass weder in ihrem Land und in der EU noch global Kompromisse auf Kosten der sozial Schwächsten und Schwachen sowie kommender Generationen zustande kommen.

Es gibt keine eindeutige Zuordnung ökologischer Verhaltensweisen nach sozialer Herkunft. Aber Vergeudung von Ressourcen und Natur steigen proportional im Verhältnis zur Höhe von Einkommen und Vermögen. Weil selbst Herrschende und politisch sehr heterogene Kräfte von notwendiger «ökologischer Transformation» sprechen, steht insbesondere die Frage, ob bestehende gesellschaftliche Eigentums- und Machtverhältnisse und somit gesellschaftliche Hierarchien gestützt und die «Transformations-Lasten» entsprechend verteilt werden.

Demokratische Sozialistinnen und Sozialisten müssen also Wege finden und beschreiten, um soviel wie möglich Menschen zugleich gegen globale Erwärmung, Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen, für Solidarität mit den sozial Schwächsten und Schwachen, für Demokratie und Frieden mobilisieren zu können.

«Was wir brauchen, um effektiv gegen den Klimawandel zu kämpfen, ist eine Unterstützung, die von einem breiten Konsens getragen wird. Deswegen müssen die großen Parteien den größten Teil dieser Last schultern. Zweitens dreht es sich nicht darum, den Planeten zu retten, wie so viele Grüne behaupten, sondern darum, einen annehmbaren Lebensstil zu erhalten.» (Giddens, 2010, 7)

Zwei Grad Celsius globale Erwärmung gegenüber dem vorindustriellen Niveau – wie beim Klimagipfel in Kopenhagen 2009 als Grenzwert mehrheitlich vereinbart – sind (wahrscheinlich) für die Herrschenden und Bevölkerungsmehrheiten im globalen Norden verkraftbar, nicht aber für viele Millionen Menschen, insbesondere für die global Ärmsten. Selbst das Unterschreiten der 2°C ist beim «Weiter so!» nicht erreichbar und bei weiter schwindender biologischer Vielfalt kann das Klima bei einer globalen Erwärmung von unter zwei Grad «kippen». Und vor allem ist in keiner Weise erkennbar, wie die gegenwärtige Politik dieses formulierte Ziel zur Begrenzung globaler Erwärmung einhalten will und kann. Der Grenzwert darf nicht einfach als vorrangige Angelegenheit der «großen Parteien» gesehen werden und es kann nicht darum gehen, einen undefinierten, von sozialen und globalen Spaltungen abstrahierenden «annehmbaren Lebensstil zu erhalten» (Giddens, 2010, 7). «Erhalten» kann nicht gerecht, sozial und ökologisch nachhaltig sein.

«Der intelligente für Klima und Finanzen gleichermaßen schonende Einsatz von Energien und Rohstoffen bietet gute Chancen, gestärkt aus der gegenwärtigen Finanzkrise hervorzugehen. Damit können wir zwei zentrale Ziele der Umwelt- und Wirtschaftspolitik miteinander verbinden. Das eine ist die sprunghafte Verbesserung der Umwelt- und Rohstoffeffizienz auf allen Gebieten. Das hilft Umwelt und Klima. Das zweite ist die internationale Konkurrenzfähigkeit und der wirtschaftliche Erfolg durch moderne Umwelttechnologien. Das hilft Beschäftigung und Arbeitsmarkt.» (Gabriel, 2009, 2)

Selbstverständlich wird eine drastische Steigerung sowohl der Energieeffektivität als auch der Ressourceneffektivität insgesamt gebraucht. Aber angesichts des Zustands von Klima/Natur und der Tatsache, dass bei gravierenden und rasant wachsenden globalen Problemen auf ca. 20 Prozent der Weltbevölkerung 80 Prozent des Ressourcenverbrauches entfallen, muss es in den weltwirtschaftlichen Industrieregionen zugleich um Rückbau und Vermeidung gehen.

Die «alten Industrieländer» sind kapitalistisch. Sie produzieren und reproduzieren zu Lasten der Weltbevölkerungsmehrheit. Die von der SPD und den GRÜNEN befürwortete «grüne industrielle Revolution» ist vorrangig eine technologische, ebenso die «Große Transformation», die in vielen offiziellen Dokumenten führender Think Tanks auftaucht. Ihre «politischen Weichenstellungen» betreffen das Tempo des technologischen Wandels. «Wir» als «Forscher und Ingenieure, Unternehmer, Bauern, Stadtplaner, Produzenten und Konsumenten» können daran teilhaben, das Tempo beeinflussen. «Wir» sollen «realistisch» sein und akzeptieren, «dass die Konzerne, die heute die Energiewirtschaft dominieren, nicht ein-

fach aufhören zu existieren, sondern sich an den lukrativen Geschäften der Zukunft beteiligen wollen. Zudem dürfte auch künftig genug Kapital auf den Finanzmärkten nach Profit suchen, um Investitionen in der Größenordnung von mehreren hundert Milliarden Euro zu finanzieren» (Koch, 2010, 9). Sozialistinnen und Sozialisten dagegen verstehen «Realismus» nicht als Hinnahme der Kräfteverhältnisse, sondern setzen sich dafür ein, diese so zu verändern, dass die sozial und ökologisch zerstörerischen Akteure zunehmend und nachhaltig daran gehindert werden, ihr Interesse an Profitmaximierung zu verwirklichen.

«SOZIALÖKOLOGISCHER UMBAU» – EIN SOZIALISTISCHER BEITRAG ZUR «NACHHALTIGKEITSDEBATTE»

«Die ökologische Modernisierung der Wirtschaft ist der Schlüssel für die Zukunft Deutschlands. Wer diese Herausforderung als Vorreiter annimmt, erkämpft sich einen vorderen Platz in der Wirtschaft von morgen. Das Zusammentreffen der Finanz- und Wirtschaftskrise mit dem drängenden Problem des Klimawandels wollen wir in Deutschland als Chance für den zukunftsfähigen Umbau der Gesellschaft nutzen.» (Fraktionsbeschluss GRÜNE, 12.1.2009: <http://www.gruene-bundestag.de>)

An der Nachhaltigkeitsdebatte beteiligen sich sowohl Anhängerinnen und Anhänger als auch Kritikerinnen und Kritiker kapitaldominierter ökologischer Modernisierung. Die Debatte hat ihren Ausgangspunkt im «Brundtland-Bericht» von 1987. Dort wird «Nachhaltigkeit» auf die Weltbevölkerung mit ihren Bedürfnissen bezogen und auf der Makroebene angesiedelt: «Entwicklung zukunftsfähig zu machen, heißt, dass die gegenwärtige Generation ihre Bedürfnisse befriedigt, ohne die Fähigkeit der zukünftigen Generation zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse befriedigen zu können» (Brundtland 1987, 24).

Der globale Blick zwingt dazu, Hunger und Unterentwicklung in den armen Ländern, Umweltzerstörung, Unterdrückung von Frauen, Ressourcenmangel und Hochrüstung zu eigenen Problemen zu machen, sie sich anzueignen. Also müsse eigenes Verhalten verändert werden. «Eine zukunftsfähige Entwicklung ist ein Prozess der Veränderung, in dem die Nutzung der Ressourcen, die Struktur der Investitionen, die Orientierung des technischen Fortschrittes und die institutionellen Strukturen konsistent gemacht werden mit den zukünftigen und den gegenwärtigen Bedürfnissen» (ebenda, 25). Es gehe also um das Ausbalancieren von gegensätzlichen Interessen, von Sozialem, Ökologischem und Ökonomischem. Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Akteure sollten die globalen Probleme erkennen, ihnen Rechnung tragen lernen und sie schließlich lösen – die Reproduktion der Weltgesellschaft denken und entsprechend handeln (Vgl. Dellheim, Krause, 2008: 17–18). Damit waren und sind demokratische Sozialistinnen und Sozialisten herausgefordert, sich aktiv in den Nachhaltigkeitsdiskurs einzubringen – sowohl was Engagement für gerechte Lösungen globaler Probleme angeht als auch was das offensive Aufzeigen von Grenzen, Widersprüchen und Ambivalenzen angeht. Dabei sind sie genötigt, klarzustellen, dass es nicht «einfach» um ein Ausbalancieren von sozialen, ökologischen und ökonomischen Interessen auf der globalen Ebene gehen kann, sollen die Menschenrechte für jede und jeden realisiert werden, sollen jede und jeder selbstbestimmt in Würde und solidarischem Miteinander leben können. Es bedarf struktureller Veränderungen.

Viele ehrliche Anhängerinnen und Anhänger des «Brundtland-Berichtes» betrachten «Gesellschaft» als die institutionelle Dimension von Nachhaltigkeit. Dabei bleiben die Verhältnisse zwischen den Menschen, die Macht- und Eigentumsfragen, die handfesten Interessen, im Hintergrund. Diese aber sind die Ursache dafür, dass es gegenwärtig und absehbar keine Gleichrangigkeit von Sozialem, Ökologischem und Ökonomischem gibt und geben kann. Hinzu kommt, dass «Nachhaltigkeit» auch als «nachhaltige Profit-sicherung» umgedeutet werden konnte.

Nicht, dass alle Nachhaltigkeitsforscherinnen und -forscher per se Eigentums-, Produktions- und gesellschaftliche Verhältnisse nicht analysieren würden, verstehen oder ausblenden, aber die Spielregeln des Nachhaltigkeitsdiskurses basieren nicht auf dem Verständnis Marxscher «Basics», insbesondere seiner politischen Ökonomie. Das ist zum einen ein Vorzug und ermöglicht breite Bündnisse. Zum anderen aber werden Nachhaltigkeitskriterien, -forderungen und Interessen formuliert, die zwar mit der ökonomischen Struktur der Gesellschaft, mit einem System gesellschaftlicher Verhältnisse zu tun haben und auf diese einwirken, aber nur indirekt, nicht oder nicht konsequent benannt, analysiert und bearbeitet werden. Das erschwert eine notwendige Radikalisierung der Linken und ihrer politischen Kämpfe, wofür insbesondere Klarheit über Problemverursacher, Akteure, Adressaten von Forderungen und Interessen vonnöten sind.

«Die nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft geht mit einem intra- wie intersektoralen wirtschaftlichen Strukturwandel einher, mit neuen Technologien, Managementkonzeptionen und Formen der Arbeitsorganisation innerhalb der Branchen sowie einer grundlegenden Neubewertung von Produkten, Lebens-, Arbeits- und Versorgungsweisen. Diese Veränderungen werden nachhaltigen Einfluss auf die quantitative und qualitative Beschäftigungssituation der Arbeitnehmer und damit auf die sozialen Sicherungssysteme und die Einkommensverteilung haben. Nur durch eine sozial wie ökologisch sensible und ziel-sichere Gestaltung dieser Prozesse wird auch die öffentliche Akzeptanz zu gewinnen sein, ohne die jede weitreichende Perspektive zum Scheitern verurteilt ist» (Spangenberg, 2003: 21).

«Sozialer und institutioneller Wandel» bedeutet im Nachhaltigkeitsdiskurs vor allem «anders denken und sich anders verhalten». Der Übergang zu einer Politik der Nachhaltigkeit erscheint so vor allem als eine Angelegenheit individueller und kollektiver Einsichten und Handlungsweisen, von Veränderung in den geistigen Orientierungen und Verhaltensweisen der Akteure. Wenngleich linke Nachhaltigkeitsforscher wie Joachim Spangenberg darüber hinausgehen, wird im Nachhaltigkeitsdiskurs «sozialer Wandel» nur selten in Bezug auf die qualitative Veränderung gesellschaftlicher Strukturen gesehen – kaum in Bezug auf die qualitative Veränderung der gesellschaftlichen Positionen von Individuen bzw. Akteuren; nur wenig in Bezug auf die Veränderung der Verhältnisse zwischen den Individuen bzw. den Akteuren im gesellschaftlichen Leben, darunter im Wirtschaftsleben, im gesellschaftlichen Arbeitsprozess.

Es wird also eine sozialistische Intervention in den Nachhaltigkeitsdiskurs gebraucht, die insbesondere auf Einfluss unter den linken Nachhaltigkeitsanhängerinnen und -anhänger zielt und sich konsequent mit neoliberalen Umdeutungen auseinandersetzt. Zugleich wird ein mit (demokratischem) Sozialismus verbundenes Transformationskonzept gebraucht, das

sich an der Vision einer Gesellschaft persönlich freier und sozial gleicher Menschen orientiert, die solidarisch miteinander leben und verantwortungsvoll mit den natürlichen Lebensgrundlagen umgehen.

SOZIALÖKOLOGISCHER UMBAU ALS SOZIALER PROZESS

Soll die Menschheit eine lebenswerte Zukunft haben, müssen die sozial und ökologisch zerstörerischen Prozesse gestoppt und strukturell rückgedrängt werden. Das bedeutet, gesellschaftliche Akteure, Machtverhältnisse, Positionen und Verhältnisse so verändern, dass sich Gesellschaft zunehmend in einer Richtung und in einer Art und Weise entwickelt, dass sie soziale, ökologische und globale Probleme solidarisch, demokratisch und gerecht lösen kann. Das heißt zum einen, immer jenen zuerst zur Seite stehen, die am meisten die Solidarität der anderen brauchen. Zum anderen bedeutet es, gegen jene Akteure, ihre Politik und damit gegen solche Entwicklungen mobilisieren und kämpfen, die der Verwirklichung der genannten Vision am deutlichsten entgegenstehen. «Strukturelle Rückdrängung von sozial und ökologisch zerstörerischen Prozessen» bedeutet zum dritten Selbstveränderung von Akteuren, Verdrängung von Akteuren und Akteurswandel. Das wiederum kann nur ein Ergebnis von Lernprozessen, sozialen Kämpfen und neuen politischen Allianzen sein. Es sollte selbstverständlich sein, immer zuerst die Gemeinsamkeiten in den Positionen mit anderen Demokratinnen und Demokraten zu suchen. Ebenso gilt es, den sozial Schwächsten Solidarität zu erweisen und die Zusammenarbeit mit ihnen anzustreben. Auch können die meisten Linken individuell sich bemühen, den erklärten Prinzipien selbst in ihrer Lebensweise weit mehr als bisher zu entsprechen.

Die Herausforderung besteht darin, jene Tatsachen, die uns daran hindern, selbstbestimmt in Würde zu leben, solidarisch mit anderen und ökologisch vernünftig zu sein, zu Ausgangspunkten von zivilem Ungehorsam, von Protest und politischer Opposition, von Kämpfen für gesellschaftliche Alternativen zu machen – zum Ausgangspunkt für einen grundsätzlichen sozialökologischen Umbau.

Sozialökologischer Umbau ist die tief greifende komplexe Umgestaltung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und der Stoffwechselprozesse des Menschen und der Gesellschaft insgesamt mit der Natur. Er zielt darauf,

- individuelles Wohlbefinden, öffentliche Gesundheit, Erhalt und Verbesserung der natürlichen Lebensgrundlagen zu entscheidenden Zielkriterien gesellschaftlicher Veränderungen werden zu lassen;
- die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und der Natur durch den Menschen zu beenden und die langfristige Reproduktionsfähigkeit sozialen Lebens zu sichern;
- solidarische Kooperation zu entwickeln, die vor allem lokale und regionale Ressourcen zur Bedürfnisbefriedigung der lokalen und regionalen Bevölkerung nutzt, die Belastungen der Biosphäre, soziale und externe Kosten reduziert und minimiert;
- erneuerbare Energien und die Rohstoffe vor allem dezentral zu erschließen und anzuwenden;
- Hierarchien zu überwinden, die die sozialen und natürlichen Lebensbedingungen der Menschen nach ihrem Geburtsort verteilen, nach der familiären, kulturellen, sozi-

alen und ethnischen Herkunft, dem Geschlecht, der sexuellen Orientierung und körperlichen Verfasstheit;

- die Arbeit gesellschaftlich um- und neu zu bewerten, neu zu organisieren und umzuverteilen – zwischen Frauen und Männern, zwischen und innerhalb der sozialen und kulturellen Gruppen, Regionen, Staaten, weltwirtschaftlichen Regionen und Blöcken.

Sozialökologischer Umbau ist also ein fortwährender Such- und Transformationsprozess, in dem sowohl die gesellschaftspolitischen Macht- und Eigentumsverhältnisse sowie die gesellschaftlichen Strukturen so verändert werden, dass die sozialen Lebensbedingungen der Menschen erhalten und verbessert werden. Dabei verändern die Menschen ihre Lebensweisen, insbesondere ihr wirtschaftliches Handeln, so dass ihre natürlichen Lebensbedingungen und die ökologische Mitwelt (Biosphäre) bewahrt werden, gesunden und gesund bleiben. Damit gehen zwangsläufig Umbrüche in den Wechselverhältnissen von Wirtschaft und Gesellschaft einher, von Gesellschaft und Natur, der Individuen untereinander – auch und insbesondere in ihren pluralen Geschlechterverhältnissen –, der Individuen zu ihren Körpern und zur Natur. Die handelnden Akteure, ihr Denken, ihr Instrumentarium und ihr Agieren, ihr Politikverständnis und ihre Politikkonzepte erfahren tief greifende Wandlungen. Die Produktions-, Reproduktions- und Regulierungsweisen der Gesellschaft werden bei Anerkennung der Reproduktionserfordernisse der Biosphäre und gesunder menschlicher Individuen so umgebaut, dass die einzelnen Menschen schrittweise selbstbestimmt in Würde und solidarischem Miteinander leben können. Bei sich weiter zuspitzender dramatischer Problemdimension wachsen der Handlungsdruck der Akteure und die Macht des Zeitfaktors. Grundbedingung für den erfolgreichen Einstieg und Fortschritt des sozialökologischen Umbaus ist die Demokratisierung von Entscheidungsprozessen, wobei sich die Anforderungen an kritische Wissenschaft verändern» (Dellheim, Krause, Paust-Lassen, Spangenberg, Wolf 2007, 8–9).

KONKRETE SCHRITTE SOZIALÖKOLOGISCHER TRANSFORMATION

Realitätstaugliche Lösungen können nur vom HIER und HEUTE ausgehen und sind daher widersprüchlich. Die Bekämpfung von Elend muss immer absolute Priorität haben und ist ohne neue Energie- und Stoffumsätze nicht möglich. Umbau verlangt neue Investitionen, die neuen Ressourcenaufwand erfordern. Anders können Energie- und Stoffumsätze nicht drastisch und nachhaltig reduziert werden. Einiges liegt «auf der Hand»:

1. Armut und soziale Ausgrenzung sind endlich konsequent zu bekämpfen, soziale Mindeststandards, die Menschen- und Bürgerrechte realisieren, einzuführen. Und zugleich sind vorhandene Ressourcen besser und effektiver zu nutzen, aber auch Rückbau und Verzicht sind angesagt. Verzicht vor allem auf Prestigebauten, verkehrsmehrende Infrastrukturanlagen, Kohle- und Atomkraftwerke, Fleischproduktions-Kapazitäten, Rüstungs- und Überwachungsgüter ...

2. Soll Vorhandenes besser genutzt werden, müssen gesetzliche Effektivitäts- und Verbrauchsstandards erhöht werden. Aber auch Verbote, Mengenregulierung und die Besteuerung von Ressourcenverbrauch, von Wasser-, Luft- und Bodenbelastung werden gebraucht. Hier muss linker Druck auf die

Bundesregierung und die EU-Institutionen erhöht werden, aber auch Kommunal- und Landesparlamente sowie -verwaltungen haben Handlungsmöglichkeiten, deren Ausschöpfung politische Aktion von unten voraussetzt.

3. Handlungsmöglichkeiten haben auch und insbesondere die Bürgerinnen und Bürger: Sie können eigenes Verhalten ändern und organisiert politisch agieren, um anzugreifen und zu verändern, was sie zu Entsolidarisierung und Umweltzerstörung zwingt bzw. daran hindert, solidarisch und ökologisch verantwortungsvoll zu handeln. Sie können lokal und regional erste Umbauschritte gehen.

4. Es sind Investitionen in Forschung, Entwicklung, Technik/Technologieproduktion zu tätigen, die erstens die Energie- und Ressourceneffektivität erhöhen, zweitens die Verschmutzung von Luft, Wasser, Böden und Ökosystemen reduzieren und öffentlicher Gesundheit zuträglich sind. Zum dritten geht es um Technik/Technologien für eine andere, eine vorrangig dezentralisierte Ressourcenerschließung und -nutzung, wobei die lokale und regionale Erschließung und Nutzung von erneuerbaren Energien und die ökologische Nahrungsmittelproduktion Kernfragen sind. Zu gesteigerter bzw. steigender Ressourcenökonomie gehört Recycling, aber auch die Beachtung der Grenzen von Recycling, das ebenfalls Energie verbraucht und nicht entgiften kann. Das E-Auto könnte ein Mittel und vielfach ein Zwischenschritt für die Lösung von Transportproblemen sein. Es ist jedoch kein Ersatz für Verkehrsvermeidung und Ausbau des öffentlichen Verkehrs, der teilweise unentgeltlich genutzt werden soll. Es kann öffentliche Verkehrsmittel nur ergänzen. Auch «Brückentechnologien» wie Erdgas als Alternativen zu Kohle und Atomenergie können sinnvoll sein, vorausgesetzt damit werden Strategien des Übergangs zur nachhaltigen Nutzung erneuerbarer Energien verfolgt.

5. Eine wesentliche Aufgabe ist es, die Landwirtschaft umzustellen, um den Einsatz mineralischer Düngemittel und die Tierhaltung radikal einzuschränken und zugleich Nahrungsmittelsicherheit, Landschafts- und Naturpflege zu realisieren, was von Einfluss auf Konsumgewohnheiten sein muss.

6. Entscheidend wird es sein, den global Ärmsten Pharmazeutika zur Seuchenbekämpfung, Nahrungsmittel und Technik/Technologie zur lokalen und regionalen Nahrungsmittel- und Energieproduktion unentgeltlich zur Verfügung zu stellen; alle Pläne zur Produktion von Biokraftstoffen ad acta zu legen; großzügige Hilfen zur Anpassung an den Klimawandel und zur Bekämpfung weiterer globaler Erwärmung zu gewähren.

Die Herausforderung besteht darin, zu erkennen und aufzuzeigen, wie die miteinander verflochtenen Krisen – die Finanz- und Wirtschaftskrise, die Energie-, Klima- und Ernährungs-

krisen, die globale Reproduktionskrise – sich gegenseitig befördern. Es gilt, Wege aufzuzeigen, wie ihre akutesten Auswirkungen so gemildert werden können, dass zum einen der Krisenverflechtung Rechnung getragen wird (neue politische Allianzen und Synergieeffekte in der Krisenbearbeitung) und zum anderen notwendige tiefgreifende Strukturveränderungen realisiert werden.

Sollen die Ursachen und Verursacher von Armut und sozialen Spaltungen einerseits, von Klimawandel und schwindender Biodiversität andererseits angegriffen und strukturell zurückgedrängt werden, muss zugleich gegen Entdemokratisierung, Repression, Militarisierung und Krieg gekämpft werden. Um Ressourcen so einsetzen und nutzen zu können, dass auf allen Ebenen – von der lokalen, über die regionale, nationalstaatliche hin zur EU- und globalen Ebene – Armut und soziale Spaltungen, die Verschmutzung und Zerstörung von Atmosphäre und Ökosystemen eingedämmt und strukturell zurückgedrängt werden, müssen die diesbezüglichen Entscheidungen, die Kontrolle ihrer Realisierung und der Zugriff auf die Ressourcen demokratisiert werden. Das wiederum verlangt die Demokratisierung des staatlichen bzw. öffentlichen Ressourceneinsatzes und Ressourcengebrauchs, insbesondere der öffentlichen Haushalte und Finanzen, der kommunalen und regionalen Infrastrukturen. Dazu muss vor allem verhindert werden, dass Märkte weiter dereguliert werden, dass es zu einer neuen Privatisierung öffentlicher Leistungen und Einrichtungen kommt, die Steuern für Reiche und ökonomisch starke Unternehmen gesenkt und weitere internationale Freihandelsabkommen durchgesetzt werden. Die Vorhaben in der Rüstung, in der atomar-fossilen Energiewirtschaft und zur Erhöhung von Transportströmen müssen verhindert werden. Die Verhinderung derartiger Prozesse eines entfesselten Kapitalismus kann nur ein Zwischenziel sein, soll sozialökologischer Umbau nachhaltig eingeleitet und realisiert werden (Dellheim 2009, 65–66). Aber schon dafür braucht es lokale und regionale Bündnisse sozial (sehr) unterschiedlicher Akteure, die an kurz-, mittel- und langfristigen Projekten arbeiten. Vernetzen sie sich überregional, bundesweit, europäisch und global, können wirksame Akteure sozial und ökologisch nachhaltiger Entwicklung und damit des sozialökologischen Umbaus entstehen.

Kommen wir zum Schluss. Die Linke ist gut beraten, sich in ihren aktuellen Diskussionen und politischen Aktivitäten nicht «Wachstumskritik» bzw. pauschalem Streit «pro oder contra Wachstum» zu verlieren, sondern die Arbeit an konkreten Konzepten und konkretes politisches Handeln gegen soziale und ökologische Zerstörung und für Schritte hin zu einer lebenswerten Gesellschaft ins Zentrum zu rücken.

LITERATUR

ANSCHAU, TORBEN: *Konjunktur eines Begriffs – Wachstum in Wahlkämpfen und Medien*, ISW 2, www.wachstumsstudien.de

BOURCARDE, KAY, TRIPP, CHRISTIAN, 2006: *Ausweg qualitatives Wachstum?*, ISW 2, www.wachstumsstudien.de

BRANGSCH, LUTZ, 2010: *Kennziffern sind Machtfragen. Politische Dimension von Gegenstand und Methode von Wachstumsdebatten*. Unveröffentlichtes Manuskript.

BRUNDTLAND, G. H., 1987 (ed.): *Our Common Future. Report of the World Commission on Environment and Development*. United Nations. New York

DELLHEIM, JUDITH, KRAUSE, GÜNTER, 2008: Einleitung. In: Dellheim, Judith/ Krause, Günter (Hrsg.), *Für eine neue Alternative. Herausforderungen einer sozialökologischen Transformation*, Manuskripte 77, Berlin

DELLHEIM, JUDITH, KRAUSE, GÜNTER, PAUST-LASSEN, PIA, SPANGENBERG, JOACHIM, WOLF, FRIEDER OTTO, 2007: Arbeitsthese. In: Dellheim, Judith/ Krause, Günter (Hrsg.), *Für eine neue Alternative. Herausforderungen einer sozialökologischen Transformation*, Manuskripte 77, Berlin

DELLHEIM, JUDITH, 2009: *Einige Schlussfolgerungen für sozialistische Wirtschaftspolitik*. In: Arbeitsgemeinschaft Wirtschaftspolitik der LINKEN, Beiträge zur Wirtschaftspolitik. Linke Wirtschaftspolitik in Krisenzeiten

DEMOKRATISCHER AUFBRUCH, 1989: *Leipziger Programm*, <http://ddr89.de>

DENKWERK ZUKUNFT, 2010: *Protokoll des Brainstorming*, 19. April 2010, Bonn

DIE GRÜNEN, 1990: *Programm zur 1. gesamtdeutschen Wahl 1990*, http://www.boell.de/download/stiftung/1990_wahlprogramm.pdf

EUROPÄISCHER RAT, 2010: *Schlussfolgerungen, Tagung am 17.6.2010*, Brüssel 17.6.2010

FÜCKS, RALF, 2010: *Trotz Kopenhagen. Die grüne Zukunft hat schon begonnen*. In: böll, 1/2010

Fücks, Ralf, 2010: *Wir brauchen eine Radikalität der Mitte. Anthony Giddens und Ralf Fücks im Gespräch über eine Politik des Klimawandels*. In: böll, 1/2010

GABRIEL, SIGMAR, 2009: *Arbeit und Umwelt. Deutschland auf dem Weg zur grünen Wirtschaft*. In: Magazin des Bundesumweltministerium, Berlin

GIDDENS, ANTHONY, 2010: *Wir brauchen eine Radikalität der Mitte. Anthony Giddens und Ralf Fücks im Gespräch über eine Politik des Klimawandels*. In: böll, 1/2010

GYSI, GREGOR, 2000: *Gerechtigkeit ist modern*, Berlin

INITIATIVE NEUE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT: *Wachstumsmanifest. Warum Deutschland mehr Wachstum braucht*, www.insw.de

LAFONTAINE, OSKAR, 1985: *Der andere Fortschritt*. In: Spiegel 5/1985

LEIBIGER, JÜRGEN, 2003: *Die Linke und das Wirtschaftswachstum. Versuch einer Positionsbestimmung*, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 4/2003

MEADOWS, DENNIS, 2009: *Interview von Linda Rosenkranz*, in: Energie&Umwelt 3/2009

MEADOWS, DENNIS, 30.11.2009: *Vortrag in Berlin*, Power Point Präsentation

MIEGEL, MEINHARD, 2010: *Exit. Wohlstand ohne Wachstum*, Berlin

PROGRAMMENTWURF, 2010: *1. Entwurf für ein Programm der Partei DIE LINKE*, Beilage der Zeitung Neues Deutschland, 27.3.2010

SARKAL, SARAL, 2010: *Entwicklung statt Wachstum*, Neues Deutschland 9.4.2010

SCHLECHT, MICHAEL, 2010: *Der «Red New Deal» – sozial und öko*, Neues Deutschland 9.4.2010

SPANGENBERG, JOACHIM H., 2003: *Vision 2020, Arbeit, Umwelt, Gerechtigkeit, Strategien für ein zukunftsfähiges Deutschland*, München

STIGLITZ, J. E./FITOUSSI, J.-P., 2009: *Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress*

ZINN, KARL GEORG, *Wirtschaft ohne Wachstum?*, 2009: *Die Doppelkrise und das ökologische Wachstum*, in: Hermannus Pfeiffer (Hg.) *Land in Sicht? Die Krise, die Aussichten und die Linke*, Köln

Der Text ist aus Diskussionen mit Detlef Bimboes, Lutz Brangsch und Joachim Spangenberg hervorgegangen.

Dr. Judith Dellheim – Ökonomin, Freie Mitarbeiterin bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Mitglied der Zukunftskommission, Mitwirkung in den Gesprächskreisen Parteien und Bewegungen sowie Wirtschaftspolitik. Engagiert in der Sozialforumsbewegung. Sprecherin der Arbeitsgemeinschaft Wirtschaftspolitik der Partei DIE LINKE, Mitglied des Redaktionsbeirates des Journals Green Economics.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
Redaktion: Marion Schütrumpf-Kunze
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-127
Fax -122 · m.schuetrumpf@rosalux.de · www.rosalux.de

ISSN 1867-3163 (PRINT), ISSN 1867-3171 (INTERNET)